

Rundschau

Politik
aller Stände



ert), durch
ang unter
uh gebiete,
Pfenning.
10 Pfenning

Anzeigenpreise: Grundpreis der 6gespaltenen Kleinzeile oder deren
Raum im Morgenblatt 60 Pfenning (Stellengruppe 30 Pfenning) die
Zeile, im Abendblatt sowie in der Montagsausgabe 75 Pfenning die
Zeile. Reklamen: Die 3gespaltenen Zeile 2,50 Mark.
Verlag der Täglichen Rundschau G. m. b. H. in Berlin SW. 68.

36. Jahrgang

U-Bootverband besetzt. eingegenommen.

Englands Amerikapolitik und der U-Boot-Krieg.

Von Dr. Paul Rohrbach. *)

1.

In der englischen Presse wird die Verständigung zwischen Deutschland und Amerika über den „Lusitania“-Fall als bevorstehend behandelt. An sich wäre das noch kein Argument, den Fall in der Tat als erledigt anzusehen, aber die letzten Nachrichten aus Amerika führen in dieselbe Richtung, und auch die Andeutungen unserer Behörden lassen die Einigung erwarten. Kommt es tatsächlich zu einer solchen, so würde sich fragen, ob die englische Politik damit einen Misserfolg erlitten hat oder ob, wie manche in Deutschland glauben, England gerade dadurch an das Ziel seiner Bemühungen gelangte. So sonderbar es klingt, man kann in der Tat die Frage stellen, ob der amerikanisch-deutsche Krieg oder der amerikanisch-deutsche Frieden für England erwünschter ist. Kommt es nämlich zum Krieg, so wäre die Folge, daß die Unterseebootschiffe von uns viel rücksichtsloser gehandhabt werden könnten, als wenn der Frieden zwischen uns und den Amerikanern erhalten bleibt. Umgekehrt würden im letzteren Falle unsere Zusicherungen Amerika gegenüber uns die bekannten Rücksichten auferlegen.

Für die Beurteilung der Frage, ob wir der Beilegung des Konflikts mit Amerika uns freuen sollen oder nicht, wird es wichtig sein festzustellen, mit welchen Hoffnungen und Befürchtungen England bisher die amerikanisch-deutschen Verhandlungen begleitet hat. Daraus wird sich zeigen, ob England in der Tat die Fortdauer der amerikanisch-deutschen „Neutralität“ und die gemilderte Form des U-Boot-Krieges, die es von ihr erwartet, als das ihm vorteilhaftere diplomatische Ergebnis betrachten würde, oder ob es sich größeren Nutzen von einem amerikanisch-deutschen Kriege trotz der damit verbundenen erhöhten U-Boot-Gefahr versprechen würde.

Die Vertreter einer bestimmten politisch-militärischen Richtung bei uns machen sich Sorge darüber, unsere Politik laufe Gefahr, aus diplomatischen Gründen ein militärisches Machtmittel nicht voll auszunutzen. Von dieser Seite wird stets aufs neue mit ebenso großer Aufrichtigkeit wie Wärme der Beweis versucht, England wolle uns die Verständigung mit Amerika zur Erleichterung seiner eigenen maritimen Lage ablisten. Demgegenüber wollen wir im folgenden unternehmen, den Gegenbeweis zu liefern, daß alle Zeugnisse dafür sprechen: England wünscht den amerikanisch-deutschen Krieg, statt ihn zu fürchten. Dabei sind wir uns selber klar, daß Englands Meinung über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit einer amerikanisch-deutschen Verständigung für die Entschliehungen unserer Staatsmänner zwar ein wichtiger, aber kein ausschlaggebender Faktor ist, denn England ist weniger als wir im Besitze der marinetchnischen Unterlagen, um danach beurteilen zu können, was es bei einem hemmungslosen U-Boot-Kriege zu befürchten hätte. Trotzdem ist es wichtig, über die englischen Wünsche Klarheit zu haben.

Den Ausgang unserer Erörterung muß die Wilsonsche Note an Deutschland vom 24. Juli 1915 bilden. Sie kam der englischen Presse ganz unerwartet, und während deren Äußerungen über Fragen auswärtiger Politik heute gut diszipliniert sind, gerieten die Zeitungen damals in direkt-

*) Wir geben den inhaltsreichen und erwägenswerten Ausführungen des bekannten Politikers Raum, ohne uns seiner Auffassung anschließen zu können. Wir teilen nach wie vor die Sorge, daß unsere Politik Gefahr läuft, „aus diplomatischen Gründen ein militärisches Machtmittel nicht voll auszunutzen“ und daß Amerika die Verhandlungen hinzieht, um England den Unterseeboot-Handelskrieg zu ersparen. Sollte sich der heute von der „Frankf. Ztg.“ gemeldete Aufschub der Torpedierung bewaffneter Rauffahrtsschiffe bis zum 1. April wirklich bestätigen, so würden wir darin eine Bestätigung unserer Ansichten sehen. Rohrbach bringt der amerikanischen Diplomatie größeres Vertrauen entgegen, als wir es zu tun vermögen; die nächste Woche schon muß die Probe auf das Exempel liefern. Jedenfalls werden die materialreichen, wertvollen Darlegungen des Verfassers zur Klärung der Frage beitragen.
Die Schrift. der „Täglichen Rundschau“.